LANDTAG DES

FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P

JAHRESBERICHT 2015

DER DELEGATION

BEI DER

INTERPARLAMENTARISCHEN UNION

(IPU)

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

A Einleitung..... 3

B 132. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 28. März – 1. April 2015 in Hanoi/Vietnam..... 4

C 133. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 15. – 21. Oktober 2015 in Genf..... 4

1. Eröffnungsfeier..... 4
2. Teilnahme 5
3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item)..... 5
4. Hauptthema der Versammlung: *The imperative for fairer, smarter and more humane migration*..... 6
5. Standing Committee on Peace and International Security..... 8
6. Standing Committee on Sustainable Development, Finance and Trade..... 8
7. Standing Committee on Democracy and Human Rights..... 8

D Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus..... 9

E 197. Sitzung des Interparlamentarischen Rates..... 9

1. Mitgliedschaft und ständige Beobachter bei der IPU..... 9
2. Die finanzielle Lage der IPU..... 9
3. Budget für das Jahr 2016..... 10
4. Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen..... 10

F Schlusswort..... 11

A Einleitung

Allgemeines zur Interparlamentarischen Union

Die IPU wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveränen Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zur globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 167 Mitgliedstaaten. Sie setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen.

Die **Interparlamentarische Konferenz** – die Plenartagung der Organisation – tagt zweimal jährlich. Sie erörtert dabei insbesondere politische, wirtschaftliche und soziale Fragen von internationalem Interesse und erarbeitet zu diesen Themen Entschliessungen. Nach der Satzung sind die Mitglieder der Union zur Verteilung der Resolutionen im Parlament sowie an die Regierungen sowie zur Förderung ihrer Umsetzung aufgerufen. Es ist somit Aufgabe der Delegationen, die Entschliessungen der IPU den Parlamenten zu überbringen und auf deren Umsetzung hinzuarbeiten. Die einzelnen Entschliessungen entfalten allerdings für die Parlamente der in der IPU vertretenen Staaten keine bindende Wirkung.

Darüber hinaus veranstaltet die IPU Sonderkonferenzen, die sich insbesondere mit Fragen aus den Bereichen Abrüstung, Entwicklung und Umwelt auseinandersetzen.

Der **Interparlamentarische Rat** lenkt unter der Leitung seines auf drei Jahre gewählten Präsidenten die Arbeit der Union. Das **Exekutivkomitee**, das sich neben dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates und dem Vizepräsidenten aus fünfzehn Mitgliedern zusammensetzt, unterstützt den Rat bei seinen Aufgaben. Es nimmt eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung des jährlichen Arbeitsprogramms der Union und bei der Einrichtung neuer Ausschüsse ein.

Drei Ständige Ausschüsse – Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit, Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel, Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte – unterstützen die Interparlamentarische Konferenz in ihrer Arbeit. Ähnlich dem Verfahren in anderen interparlamentarischen Gremien besteht ein Berichterstattersystem mit zwei Berichterstattern/Innen pro Sachthema, welche dem jeweiligen Ausschuss nebst einem Themenbericht einen Resolutionsentwurf vorlegen. Änderungsanträge zu den jeweiligen Resolutionsentwürfen werden jedoch dann im gesamten Ausschuss beraten und verabschiedet.

Finanzierung der IPU: Sie finanziert sich ausschliesslich aus eigenen Mitteln, die durch die Beiträge der Mitgliedsländer aufgebracht werden.

Das **Sekretariat der IPU**, mit Sitz in Genf, ist für alle administrativen Aufgaben sowie den Sitzungsdienst bei den Tagungen der verschiedenen IPU-Gremien zuständig.

Seit Herbst 2000 ist der Liechtensteinische Landtag als offizielles Mitglied in der IPU vertreten.

Die liechtensteinische Delegation bei der IPU setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin)
- Stv. Landtagsabgeordneter Helmuth Büchel (Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Wolfgang Marxer (stv. Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Pio Schurti (stv. Delegationsmitglied)
- Gabriele Wachter (Delegationssekretärin)

Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr nebst vielen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste tagte vom 28. März – 1. April in Hanoi/Vietnam, die zweite vom 15. – 21. Oktober in Genf. An der ersten Sitzung konnte die Delegation aufgrund zeitlicher Überschneidung mit der Landtagssitzung nicht teilnehmen, an der zweiten Sitzung war die Delegation inkl. Delegationssekretärin vertreten.

Kostenaufwand der Delegation per 2015 und Landesbeitrag 2015

Der Gesamtkostenaufwand (Taggelder und Reise-, Übernachtungs- sowie Verpflegungskosten) der Delegation belief sich im Berichtsjahr auf CHF 8‘533.10. Der Beitrag Liechtensteins für das Jahr 2015 betrug ca. CHF 13‘000 und ist damit gleich hoch wie im Vorjahr.

B 132. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 28. März – 1. April 2015 in Hanoi/Vietnam

Da sich die 132. Versammlung der Interparlamentarischen Union mit der Landtagssitzung (31. März – 2. April) zeitlich überschnitten hat, konnte die Delegation nicht an dieser Versammlung teilnehmen.

C 133. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 15. – 21. Oktober 2015 in Genf

1. Eröffnungsfeier

Die 133. Versammlung der Interparlamentarischen Union wurde am Morgen des 18. Oktober 2015 vom Präsidenten Saber Chowdhury eröffnet. In seiner Eröffnungsrede wies er insbesondere auf die im vergangenen Jahr stattgefundenen Entwicklungen sowie die erfolgreich durgeführte vierte „World Conference of Speakers of Parliament“ im UNO Hauptquartier in New York im August/September hin. Staats- und Regierungsoberhäupter hätten die äusserst wichtige Rolle der Parlamente zur Verwirklichung von nachhaltigen Entwicklungszielen ausdrücklich anerkannt. Ausserdem hätten die Staaten der Vereinten Nationen zugesagt, die Themen Frieden, Gerechtig-

keit und Stärkung der demokratischen Institutionen zuoberst auf die Entwicklungsagenda zu setzen. Alle Mitglieder der Versammlung wurden aufgefordert, umgehend eine Anzahl wichtiger Themen wie den Kampf gegen den Terrorismus und gewalttätigen Extremismus, den Schutz von materiellem und immateriellem Weltkulturerbe sowie den Klimawandel anzugehen und die anstehenden Probleme zu lösen, sprich Worte in Taten umzusetzen. An der „World Conference of Speakers of Parliament" hat der Landtagspräsident Albert Frick teilgenommen.

2. Teilnahme

An der Versammlung nahmen 134 Parlamentsdelegationen sowie 2 Nichtmitglieder als Beobachter und mehrere Partnerorganisationen teil. Bei 1399 Delegierten betrug der Frauenanteil 32.5 %. Liechtenstein war durch die Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin) und den stv. Abgeordneten Helmuth Büchel (Delegationsmitglied) sowie die Delegationssekretärin Gabriele Wachter vertreten.

3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item)

Folgende Vorschläge wurden für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum eingereicht:

- *Strengthening the role of parliamentarians in the effective implementation of the principles of international humanitarian law and international conventions on the protection of refugees,* vorgeschlagen von den Vereinigten Arabischen Emiraten
- *The role of the Inter-Parlamentary Union in urging countries, regional and international parliamentary organisations and the international community to provide the facilities required for those who have become refugees through war, internal conflict and economic situations,* vorgeschlagen von Sudan
- *The role of the Inter-Parlamentary Union in countering the terrorism and extremism of Islamic State in Iraq and the Levant (ISIL), Al-Nusra Front (ANF) and other terrorist groups associated with them,* vorgeschlagen von Syrien
- *Protecting human rights in the fight against terrorism and violent extremism,* vorgeschlagen von Mexiko
- *The role of the parliaments in taking urgent action to protect the climate,* vorgeschlagen von Neuseeland

Die Vereinigten Arabischen Emirate und Sudan formulierten ihre Vorschläge wie folgt gemeinsam um:

- *The role of the Inter-Parliamentary Union, parliaments, parliamentarians and international and regional organizations in providing necessary protection and urgent support to those who have become refugees through war, internal conflict and socio-economic situations, according to the priciples of international humanitarian law and international conventions*

Aufgrund einer durchgeführten namentlichen Abstimmung wurde daraufhin der überarbeitete Vorschlag von den Vereinigten Arabischen Emiraten und Sudan als dringliches Nachtragstraktandum in die Traktandenliste aufgenommen.

Beratung: Dringliches Nachtragstraktandum

Die Rolle der Interparlamentarischen Union, der Parlamente, der Parlamentarier und internationaler und regionaler Organisationen bez. der Gewährung des notwendigen Schutzes und der dringenden Hilfeleistungen für Menschen, die aufgrund Krieg, interner Konflikte und sozio-ökonomischen Situationen auf der Flucht sind, basierend auf den Grundsätzen des internationalen Völkerrechts und internationaler Abkommen

Die meisten der zehn Redner, die zu diesem Thema das Wort ergriffen, waren der Meinung, dass dieses Traktandum ein Thema von internationaler Bedeutung sei, da es nicht nur Europa, sondern auch viele Länder in Afrika und in anderen Teilen der Welt betreffe. Viele Delegierte waren sich einig, dass die Wurzeln des Übels der Flüchtlingskrise wie Armut, Konflikte und Krieg bekämpft werden müssten.

Einige der Redner betonten, dass es wichtig sei, den Aufnahmestaaten mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen, da die Aufnahme von Flüchtlingen mit hohen Kosten für die Länder verbunden sei. Ein Delegierter meinte, dass es keine Diskriminierungen gegen Flüchtlinge aufgrund ihres Herkunftslandes geben dürfe; er verurteilte die Politik einiger EU-Staaten, die gewisse Flüchtlinge kriminalisieren würden. Ein anderer Delegierter war der Ansicht, dass der Bau von Mauern und Zäunen kein geeignetes Mittel sei, um den Strom der Flüchtlinge zu stoppen. Stattdessen solle die internationale Zusammenarbeit bez. Terrorismusbekämpfung verbessert werden, da Terrorismus oftmals ein Grund sei, warum Menschen aus ihrem Land flüchteten. Ein weiterer Teilnehmer plädierte für die Aufnahme eines Paragraphen in die Resolution mit den speziellen Bedürfnissen von Kindern, Frauen und jungen Menschen, die besonders bez. Ausbeutung und sexueller Gewalt gefährdet seien.

Die letzte Rednerin betonte zum Schluss die dringende Notwendigkeit, den Flüchtlingen zu helfen und den Todesfällen auf dem Meer ein Ende zu setzen. Sie beendete die Debatte mit dem Aufruf an alle Mitglieder, internationale Gesetze und Abkommen im Interesse von Frieden und Sicherheit umzusetzen.

Am Ende der Diskussion wurde ein Ausschuss zur Ausarbeitung einer Resolution bestellt. Diese wurde am 20. Oktober von der Versammlung einstimmig genehmigt.

[siehe Beilage]

4. Hauptthema der Versammlung: The imperative for fairer, smarter and more humane migration

Der Präsident der IPU stellte das Hauptthema der Generaldebatte vor und wies darauf hin, dass die IPU, als das Thema vor einigen Monaten bestimmt wurde, noch nicht wusste, wie aktuell dieses sein und was für Herausforderungen die Situation mit sich bringen würde. Diese menschliche Tragödie betreffe praktisch alle Länder und würde

auf der ganzen Welt diskutiert. Als Volksvertreter hätten vor allem auch die Parlamentarier diesbezüglich eine schwierige und anspruchsvolle Aufgabe.

Herr W. Lacy Swing, Generaldirektor der Internationalen Organisation für Migration (IOM), begrüsste die Wahl dieses wichtigen und aktuellen Themas. Die Welt erlebe derzeit eine beispiellose Welle an menschlicher Massenabwanderung: mehr als 1 Milliarde Menschen (in einer Welt von 7 Milliarden) seien Migranten, 250 Millionen davon internationale und 750 Millionen innerstaatliche. Die Gründe hierfür seien vielfältig - mit dem Resultat, dass die Welt die grösste erzwungene Menschenbewegung in der Geschichte erlebe: derzeit seien ca. 60 Millionen Menschen auf der Flucht.

Er machte weiter auf die wichtige Rolle der Parlamente aufmerksam; diese hätten die Macht, entsprechende Gesetze zu erlassen, die Migrationspolitik mitzubestimmen, politische Debatten zu beeinflussen und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Er betonte, dass es sich hier nicht nur einfach um ein zu lösendes Problem handle, sondern um ein Phänomen, mit dem fairer und menschlicher umgegangen werden müsse.

Herr G. Ryder, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), betonte die moralischen und humanitären Gesichtspunkte, um die derzeitige Migrationssituation wirksam und fair zu bewältigen. Er sprach über das Recht der Migranten auf Arbeit und verwies auf diesbezügliche internationale Abkommen. Er betonte, dass Migration durchaus auch eine Chance und ein Gewinn sowohl für das Gastland als auch das Heimatland sein könne. Gastländer würden von dringend benötigten Arbeitskräften, neuen Berufskenntnissen und finanziellen Zuschüssen profitieren, Ursprungsländer von Geldüberweisungen aus dem Ausland, ausländischen Investitionen und gut ausgebildeten rückkehrenden Migranten.

Frau K. Kyenge, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vizepräsidentin der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU, wurde eingeladen, um über ihre persönlichen Erfahrungen und Perspektiven zum Thema Migration zu sprechen. Geboren und aufgewachsen in der Demokratischen Republik von Kongo kam Frau Kyenge zuerst nach Italien, um Medizin zu studieren. Seitdem hatte sie viele Herausforderungen zu bewältigen, bis sie als vollwertige Bürgerin ihres Aufnahmelandes anerkannt wurde. Sie kämpfte an vorderster Front für gegenseitiges Verständnis, Integration und Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika, und sie setzte sich sehr für die Einhaltung der Rechte der Migranten in Italien ein.

Während der dreitätigen Debatte ergriffen 95 Parlamentarier, zwei regionale parlamentarische Organisationen und drei andere Beobachter das Wort zu diesem Thema. Am Morgen des 19. Oktober debattierte die Versammlung die humanitäre Dimension der Migration. Frau C. Beerli, Vizepräsidentin des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (ICRC), und Herr V. Türk, Mitarbeiter beim Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), hielten je ein Referat.

Als spezieller Gast sprach anschliessend Frau Dr. M. Chan, Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation. Sie plädierte in ihrer Rede für effiziente und erschwingliche Gesundheitssysteme für alle und forderte die Parlamentarier auf, Kosten in diesem Bereich vermehrt zu hinterfragen und die Zulassung für günstigere Generika zu fördern.

Ausserdem sollte ihrer Meinung nach Wert auf eine genaue Deklaration der Lebensmittel gelegt und die Hersteller von Lebensmitteln entsprechend in die Verpflichtung genommen werden. Sie forderte die Delegationsmitglieder weiter auf, ihre Regierungen anzuhalten, die Steuern auf Tabakprodukte zu erhöhen. Vor allem ermutigte sie die Parlamentarier, gegen eine Steuer-, Handels- und Versicherungspolitik anzukämpfen, die die ärmere Bevölkerungsschicht bestrafe.

Am Ende der Debatte verabschiedete die Versammlung die *„Declaration on the imperative for fairer, smarter and more humane migration“*.

[siehe Beilage]

5. Standing Committee on Peace and International Security

An der Sitzung vom 18. Oktober wurde ein Hearing zum Thema „*Terrorism: The need to enhance global cooperation against the threat to democracy and individual rights*“ abgehalten, den Vorsitz hatte der Präsident des Komitees, Herr R. Tau aus Südafrika. Dies ist der Titel einer Resolution, die an der kommenden IPU-Versammlung in Lusaka verabschiedet werden soll. Verschiedene Experten hielten Vorträge zu diesem Thema.

6. Standing Committee on Sustainable Development, Finance and Trade

Das Komitee hielt seine Sitzung am 19 Oktober ab, mit Herrn O. Hav aus Dänemark, Vize-Präsident des Komitees, als Vorsitzenden. Es wurde der Entwurf eines Ergebnisberichtes diskutiert, der an einer Parlamentssitzung an der UN-Klimakonferenz in Paris im Dezember verfasst wurde. Weiters hörte das Komitee eine Präsentation mit dem Titel „*2015 Global Climate Legislation Study*“, zu der die IPU Input geliefert hatte.

Es wurde daraufhin die Thematik der nächsten Resolution mit dem Titel „*Ensuring lasting protection against destruction and deterioration for the tangible and intangible cultural heritage of humanity*“ debattiert. Das Thema wurde durch einen renommierten UNESCO-Experten vorgestellt und eingehend diskutiert.

Zum Schluss fanden Bürowahlen statt, fünf vakante Stellen galt es zu besetzen.

7. Standing Committee on Democracy and Human Rights

Das Komitee hielt drei Sitzungen unter der Leitung von Frau A. King aus Neuseeland ab (18., 19. und 20. Oktober). An der ersten Sitzung wurde der Entwurf einer Resolution mit dem Titel „*Democracy in the digital era and the threat to privacy and individual freedoms*“ vorgestellt und ausgiebig diskutiert sowie der Text entsprechend angepasst.

An der zweiten Sitzung tagte das Büro des Komitees, um verschiedene Vorschläge für das zukünftige Arbeitsprogramm zu prüfen. Schlussendlich entschied es sich übereinstimmend, zwei Vorschläge für die nächste Resolution dem Komitee zu übermitteln (eingebracht von Russland und Australien).

Russland und Australien stellten an der dritten Sitzung des Komitees ihre Vorschläge vor, dieses entschied sich schlussendlich für den australischen Antrag (mit 27 zu 17 Stimmen). Demzufolge wird das Thema der nächsten Resolution den Titel „*The freedom of women to participate in political processes fully, safely and without interference: Building partnerships between men and women to achieve this objective*" tragen. Diese soll an der 135. IPU-Versammlung im Oktober 2016 verabschiedet werden. Zum Schluss unterstützte das Komitee noch die Empfehlung des Büros, einem gemeinsamen Vorschlag von Mexiko und Grossbritannien bez. Abhaltung einer Debatte zum Thema „*Open Parliaments: Building an association on accountability"* zuzustimmen. Diese Diskussion soll an der 134. IPU-Versammlung in Sambia im März 2016 stattfinden, allerdings ohne eine Resolution zur Folge zu haben.

D Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus

In den drei Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus (17., 19. und 21. Oktober) wurden vorab nachstehende Traktanden behandelt:

a) Bericht des Vertreters der Gruppe im Council über die Arbeit des Exekutivkomitees (inkl. Subkomitee Finanzen und Gender Partnership Group) - Debatte über das IPU-Budget sowie das Arbeitsprogramm 2016

b) Bericht des Vorsitzenden über das Treffen der Präsidenten der geopolitischen Gruppen sowie der ständigen Ausschüsse

c) Wahlen in verschiedene Gremien

d) Dringliches Nachtragstraktandum (siehe Punkt 3)

e) Aktuelle finanzielle Situation der Gruppe der Zwölf Plus

E 197. Sitzung des Interparlamentarischen Rates

1. <u>Mitgliedschaft und ständige Beobachter bei der IPU</u>

An seiner Sitzung vom 18. Oktober genehmigte der Rat ein Aufnahmegesuch des Parlaments von Fiji, sodass die IPU nun 167 Mitgliedsstaaten zählt. Ebenfalls stimmte der Rat den Gesuchen der Liberal International (LI) und des Parlamentarischen Netzwerkes für nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung (PNND) als ständige Beobachter zu. Gleichzeitig wurde dem Rat zur Kenntnis gebracht, dass ein permanenter Beobachter, nämlich die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EURASEC), nicht mehr existiert. Es wurde daher beschlossen, diese von der Liste der permanenten Beobachter zu streichen.

2. Die finanzielle Lage der IPU

Dem Rat wurde ein umfassender Bericht zur finanziellen Lage der IPU vorgelegt. Mit Stichtag 17. Oktober 2015 gab es drei Mitglieder, die beträchtliche Zahlungsrückstände aufwiesen. Trotzdem war die Höhe der noch ausstehenden Gelder tiefer als in den vergangenen Jahren. Das Budget konnte in etwa eingehalten werden.

3. Budget für das Jahr 2016

Das Budget für das Jahr 2016 liegt dem Rat vor. Herr R.M.K. Al-Shariqi von den Vereinigten Arabischen Emiraten, Vorsitzender des Unterkomitees für Finanzen, berichtete, dass dieses das IPU-Sekretariat bei der Erstellung des Budgets tatkräftig unterstützt hätte. Es sei eine erhebliche Reduktion der Mitgliederbeiträge vorgesehen (8.7% im Vergleich mit 2014). Trotzdem könnten die Aktivitäten der IPU dank vermehrten externen Einnahmen weiterhin aufrechterhalten werden. Das Exekutivkomitee begrüsste die Bemühungen, die finanzielle Belastung der Mitglieder so viel wie möglich zu reduzieren. Es war aber auch der Meinung, dass die Beiträge nicht dauernd herabgesetzt werden und die IPU trotzdem weiterhin ihre Kernaufgaben umfassend wahrnehmen könne. Herr R.M.K. Al-Shariqi meinte, dass von den Mitgliedern diesbezüglich für die Zukunft sicherlich eine gewisse Flexibilität erforderlich sei. Der Rat genehmigte schlussendlich das Budget für das Jahr 2016 in der Höhe von CHF 15‘788’300. Der für Liechtenstein budgetierte Betrag beläuft sich auf CHF 11‘000, das sind CHF 2‘000 weniger als im Vorjahr.

4. Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen

Der Rat erörterte die in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen durchgeführten Aktivitäten im Zeitraum vom 15. März bis 15. Oktober 2015. Die IPU arbeitete entgegen ihren üblichen Grundsätzen mit den Vereinten Nationen im Bereich politischer Prozesse zusammen. Es wurden mehrere Sitzungen abgehalten und diverse Publikationen erstellt.

Die Mitglieder wurden über den Stand der Verhandlungen bez. eines neuen Abkommens informiert, das eine vertiefte strategische Zusammenarbeit zwischen den zwei Organisationen zum Ziel hat. Der Generalsekretär der IPU wird an der kommenden 134. Versammlung in Lusaka über die zukünftigen Entwicklungen informieren.

Alle verabschiedeten Resolutionen der 133. Versammlung können beim Parlamentsdienst eingesehen oder auf der Homepage der IPU unter folgender Adresse abgerufen werden:

http://www.ipu.org/conf-e/133/results.pdf

F Schlusswort

Die Delegation nutzte die Gelegenheit, mit Parlamentariern aus verschiedenen Ländern, vor allem aus der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus, ins Gespräch zu kommen. Auch wenn Liechtenstein von den bei der IPU vornehmlich diskutierten Themen weitgehend verschont geblieben ist, so ist es dennoch wichtig, sich der Staatengemeinschaft als eigenständiger Staat zu präsentieren und seine Solidarität zu bekunden.

Es ist mir schliesslich ein Anliegen, mich beim Delegationskollegen Helmuth Büchel und der Delegationssekretärin Gabriele Wachter für die angenehme und gute Zusammenarbeit zu bedanken.

Die Delegationsleiterin

Violanda Lanter-Koller

Vaduz, 3. Februar 2016